

11. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 1. Dezember 1949.

16/J

A n f r a g e

der Abg. S c h a r f und Genossen

an den Bundeskanzler, betreffend die Meldung in der Tagespresse über die Entschädigung von Staatsbürgern der Vereinten Nationen.

-.-.-

Am 27. November 1949 brachte die "Arbeiter-Zeitung" an der Spitze des Blattes eine Meldung, in der es u.a. heisst, dass bei der Behandlung des Art. 42 des Staatsvertrages die Westmächte verlangt hätten, diesem Artikel solle eine Klausel einverleibt werden, nach der Österreich Staatsbürger der Vereinten Nationen entschädigen solle, die infolge der Übertragung gewisser Öl- und Schifffahrtsinteressen an die Sowjetunion Schaden erleiden. Die Meldung fährt wörtlich fort:

"Österreich ist bereit, das zu tun, aber die Sowjetunion widersetzt sich einer solchen Klausel im Staatsvertrag, weil die Öl- und Schifffahrtsbetriebe, die sie erhalten wird, reines deutsches Eigentum seien, was die Westmächte bestreiten."

Aus dem vorliegenden Text, der nicht nur im Zentralorgan einer Regierungspartei veröffentlicht, sondern auch seither von keiner amtlichen Stelle dementiert wurde, muss geschlossen werden, dass sich die österreichische Regierung, im Gegensatz zu den Interessen des österreichischen Volkes, bereit erklärt hat, Hunderte von Millionen aus den Taschen der österreichischen Bevölkerung zu opfern, um vorgebliche Ansprüche ausländischer Kapitalisten zu befriedigen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die folgende

A n f r a g e:

Hat die österreichische Regierung tatsächlich ihre Bereitschaft erklärt, zur Befriedigung der vorgeblichen Ansprüche ausländischer Kapitalisten eine so ungeheuerliche Belastung des österreichischen Volkes und der österreichischen Wirtschaft zu übernehmen?

-.-.-